

Sanctuary. MIGRATION, NICHT-WISSEN UND AGENCY IN SAN FRANCISCO

Am Beispiel der Sanctuary-Politik in San Francisco, Kalifornien zeigt sich der Verhandlungscharakter von Migrationspolitik und Migrationsrecht. Als Resultat breiter zivilgesellschaftlicher Mobilisierung in den 1980ern können irreguläre MigrantInnen dort bis heute gerade deswegen ihre Lebenswelt gestalten, öffentlich interagieren und sich etablieren, weil der lokalen Exekutive das Registrieren des Aufenthaltsstatus untersagt ist. So legitimiert die Stadt im Graubereich ihrer Kompetenzen auch rechtlich ‚unmögliche‘ NachbarInnen und schafft Raum für informierte, kollektive Lösung von Problemen.

von Katharina Ludwig¹

Migration ist eine juristische Verhandlungssache. Migrationbestimmungen, die wie wenig andere Lebensbereiche rasanten gesetzlichen Veränderungen und stetiger Novellierung unterworfen sind, zeigen besonders deutlich das Kontingente, Zeitliche, die geflossene Politik im Recht. Einreise-, Aufenthalts- und Niederlassungsgesetze, Paragraphen zu Flucht und Familienzusammenführung sowie Staatsbürgerschaftsrecht wollen menschliche Bewegungen regulieren und de-/legitimieren soziale Präsenz. Eine Verordnung aus San Francisco gibt ein Beispiel dafür, wie eine umfassende Berücksichtigung aller Personen vor Ort unabhängig ihres Aufenthaltsstatus bessere Problemlösungen ermöglicht und wie Nicht-Wissen für Agency sorgt.

//Migrationsrecht in Bewegung//

Sowohl in Europa als auch in den USA wurden die Widersprüche der Migration dargestellt und die ambivalente Position, die sich daraus für Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus ergibt, untersucht. Mae N. Ngai (2005) beschrieb sie als „impossible subjects“, deren Inklusion in die Gesellschaft soziale und wirtschaftliche Realität und zugleich rechtlich unmöglich ist. Das Interesse richtete sich folglich auf die Verhandlung dieser Rechtslage, auf ihre De-/Konstruktion: auf Praxen der Regularisierung wie in Frankreich, auf die Proteste und die Agency von MigrantInnen unabhängig ihres Aufenthaltsstatus, auf die Autonomie der Migration und das Relationale des Rassismus, die Bindung zwischen Illegalisierten und dem Gesetz/-geber (siehe z.B. Karakayali/Tsianos 2007, Bojadžijev 2008, Isin/Nielsen 2008).

¹ Mein Dank geht an die Marshallplan-Jubiläumsstiftung, die meinen Aufenthalt in der Bay Area im Herbst 2008 und die Recherchen für diesen Essay ermöglicht hat; sowie an Marianne Constable vom Rhetoric Department und Irene Bloemraad vom Interdisciplinary Migration Workshop, beide an der U.C. Berkeley, für die Teilnahme an ihren Kursen und wertvolle Hinweise.

„Indem die MigrantInnen auf die Bedingungen des nationalstaatlich eingefassten Raums reagieren, transformieren sie die Regulierungs- und Integrationsbemühungen, die die Zielländer unternehmen, in eine eigene, ‚klandestine‘ Migrationsform um und kreieren dabei einen ‚driftenden‘ sozialen Raum, d.h. selbst dort, wo sie sich auf national- oder suprastaatliche rechtliche Strukturen stützen, deterritorialisieren sie diese.“ (Karakayali/Tsianos 2007:10)

Was im europäisch-nordamerikanischen Vergleich auffällt, ist die größere Aufmerksamkeit nicht nur für die Widersprüche, sondern auch für das Widerspruchs-Potenzial innerhalb der Ordnungsapparate von Migration, also auch innerhalb der Verwaltung, bei der Umsetzung der Gesetzgebung auf kleinster Ebene, im Alltag. Hier rückt eine U.S.-amerikanische Tradition von Legal Studies ins Interesse, die Recht und Gesetz nicht auf den Rechtsetzungsakt einer Obrigkeit reduziert, sondern auch die interpretative Aneignung, Umsetzung oder auch Umdeutung auf persönlicher Ebene mitdenkt (Ewick/Silbey 1998, Constable 2005, Butler/Spivak 2007). Rechtliche Dokumente wie etwa auch Aufenthaltspapiere werden zu „Artefakten modernen Wissens“ (Riles 2006). Entgegen einer Deduktion von Mehrheits-Recht, das wie zum Beispiel an der U.S.-Verfassung kritisiert wurde, das ‚ethnisch Andere‘ auf einen Minderheitenstatus festschreibt (Laguerre 2005), geht es dabei um eine Suche nach den sozialen Orten des Rechts, also auch nach den Verhandlungen von Il-/legalität.

“(…) law both defines territory and attempts to keep things in place. They highlight the spatiality of law and the normative contests that spring from the legal regulation of space. They draw our attention to the fact that law lives most vividly far beyond its most majestic embodiments, in the common, the quotidian, the ordinary. They challenge scholars to attend to the difficult task of charting where (or what) the place of law really is in any society and in any historical period.” (Sarat u.a. 2003:8)

Was unter einem solchen sozialen Ort des Rechts im Kontext von Migration verstanden werden kann, das zeigt das Beispiel der Stadt San Francisco, die seit mehr als zwanzig Jahren als ‚Sanctuary City‘ Migrationsrecht mitverhandelt.

//Topographie und Zuschreibungen//

Kalifornien ist für sich genommen die achtgrößte Volkswirtschaft der Welt. Es ist der U.S.-Bundesstaat mit dem absolut und auch prozentuell größten Anteil migrantischer Bevölkerung und mit dem größten Migrationszuwachs. 2008 hatten 26,8 Prozent der Bevölkerung einen Geburtsort außerhalb der USA, gut die Hälfte davon ist mittlerweile eingebürgert, die andere Hälfte besitzt keinen Staatsbürgerschafts-Status (MPI Data Hub 2008). Die Einwanderung aus Mexiko hat eine lange Geschichte und stellt mehr als die Hälfte aller MigrantInnen in Kalifornien. Die Entgrenzung zwischen mexikanischer und kalifornischer Gesellschaft hat

sich, bestärkt durch die Gründung der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, verstetigt. Es entstand die ambivalente Situation, dass heute von einer sozialen Großregion gesprochen werden kann, die durch eine hoch militarisierte Grenze getrennt ist (de la Garza/Velasco 1997, Akers Chacon/Davis 2007). Die zunehmende Trennung auf rein rechtlicher Basis – unabhängig von realem geographischem Aufenthalt und sozialem Kontakt – drückt sich auch in Zahlen aus: von den MigrantInnen, die vor 1980 in die USA kamen, hatten im Jahr 2008 75,6 Prozent die U.S.-Staatsbürgerschaft erhalten, von denen aus den 1980er Jahren 57,1 Prozent, von den MigrantInnen der 1990er Jahre 36,4 Prozent und von jenen, die im Jahr 2000 oder später in die USA gekommen sind gerade mal 10,1 Prozent heute U.S.-BürgerInnen (MPI Data Hub 2008).

Migration nach Kalifornien ist jedoch sehr divers und kann nicht auf die mexikanisch-kalifornische Situation reduziert werden; auch Zentralamerika und Asien spielen als Ursprungsländer eine große Rolle. Die Migrationsentwicklung ist zwischen Norden, Süden und der Mitte des Landes sowie zwischen Städten und Peripherie sehr unterschiedlich. Für San Francisco selbst ist eine Entschleunigung der Migration zu beobachten. Im Jahr 2005 zählten 12,4 Prozent der EinwohnerInnen als MigrantInnen, im Großraum San Francisco-Oakland-Fremont 29,5 Prozent (MPI Data Hub 2005). Dieser Prozess hat auch mit der zunehmenden Verteuerung von Lebensraum, mit Gentrification und der Verlagerung von Produktion zu tun. Mobilisierung geschieht hier, im Gegensatz zu anderen Regionen, vielfach auch jenseits ethnischer Zuschreibungen. Um Sanctuary zu verstehen, ist es also sinnvoll, den ethnifizierenden Blick zwischen weißer Selbstwahrnehmung, Konstruktion U.S.-nationaler Identität und rassistischem „Anderen“ hinter sich zu lassen zugunsten einer offenen Perspektive auf die Verhandlung dieser Zuschreibungen (Pisarz-Ramirez 2005) und den eigenen investigativen Blick zu reflektieren (Strathern 2000).

Als etwa die Anthropologin Susan Bibler Coutin Anfang der 1980er Jahre anfang, die Sanctuary-Bewegung in den USA zu untersuchen, war einer der Beweggründe dafür, sich während ihrer Arbeit dezidiert als Teil dieser Bewegung zu positionieren, dass ihr zunehmend auffiel, wie stark ihre eigenen Recherche-Methoden jenen ähnelten, die das CIA im selben Zeitraum anwandte, um die Bewegung zu infiltrieren. Beide begannen sie damit, Literatur, Flugblätter und Zeitungsartikel zu sammeln, besuchten dann öffentliche Veranstaltungen, gewannen das Vertrauen lokaler AktivistInnen, um schließlich durch Freiwilligenarbeit noch näher an die Mitglieder heranzukommen. Beide machten sich während ihrer jeweiligen Art von „teilnehmender Beobachtung“ Notizen, zeichneten Treffen und Gespräche auf und berichteten an ihre Auftraggeber/Fördergeber. (Bibler Coutin 1993:13). Entgegen dieser und

jener Art von Feldausforschung, einer Dokumentation des Undokumentierten und einer Wissensproduktion, die sich an der Objektivierung „des Anderen“ beteiligt, überrascht ein abstrakter Blick auf das Zusammenspiel von Rechts- und Wissensproduktion in San Francisco: das Beispiel Sanctuary zeigt, wie sich verordnetes Nicht-Wissen positiv auf die Lebensumstände irregulärer MigrantInnen auswirken kann und dadurch Agency ermöglicht.

//Verordnetes Nicht-Wissen//

San Francisco (gemeint sind dabei immer City und County of San Francisco) ist eine von vierzehn Städten in Kalifornien (National Law Information Center 2008), die per Verordnung ihre Kooperation mit der nationalen Einwanderungsbehörde, U.S. Immigration and Customs Enforcement (ICE), welche wiederum Teil des U.S. Department of Homeland Security (DHS) ist, beschränken oder gar nicht mit dieser kooperieren. Die San Francisco Ordinance von 1989, heute verankert in Chapter 12H des San Francisco Administrative Codes, verbietet es öffentlich Bediensteten der Stadt, in der Ausübung ihres Amtes den Migrationsstatus von Personen zu erfragen, diese Informationen an nationale Einwanderungsbehörden weiterzugeben oder in einer sonstigen Form mit diesen Behörden zu kooperieren. Weiter ist es allen Abteilungen, Agenturen, Kommissionen, BeamtInnen und Angestellten der Stadt untersagt, städtische Ressourcen für die Exekution nationaler Migrationsgesetze zu verwenden oder den nationalen Migrationsbehörden Zugang zu städtischen Daten zu gewähren, außer dies wird per Richterschluss erforderlich. Kein öffentlich Bediensteter in San Francisco soll irgendein Individuum lediglich aufgrund seiner nationalen Herkunft oder seines Migrationsstatus aufhalten, befragen, festhalten oder einsperren. Auf keiner Bewerbung, keinem Fragebogen und in keinem Interview, das mit kommunalen Leistungen oder Angeboten zu tun hat, soll der Migrationsstatus abgefragt werden.

In den USA haben mehr als 45 Städte, darunter New York City, Chicago und Detroit, ähnliche Verordnungen; die meisten und mitunter umfassendsten davon finden sich im Bundesstaat Kalifornien.

//Protestgeschichte in Verwaltung//

Entstanden ist Sanctuary in San Francisco im Jahr 1985, als das städtische Regierungsorgan, der Board of Supervisors, die Verordnung „City of Refuge“ verabschiedete. Diese war das Ergebnis einer breiten zivilgesellschaftlichen Mobilisierung für die Anerkennung von Personen aus El Salvador und Guatemala, die sich dafür aussprachen, Personen aus diesen

Staaten als reguläre Flüchtlinge anzuerkennen und ihnen damit Schutz vor Abschiebung zu bieten. Denn trotz des Refugees Act, der 1980 noch vom demokratischen Präsident Jimmy Carter unterschrieben wurde und der die Flüchtlingspolitik der USA von dem Kalkül des Kalten Krieges lösen sollte (Hondagneu-Sotelo 2008:144-145), unterlag die Migrationspolitik unter der republikanischen Administration von Ronald Reagan Mitte der 1980er Jahre (wieder) außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Weil die U.S.-Präsidentschaft in Washington D.C. also die Regierungen in San Salvador und Guatemala stützte, wurde davon abgesehen, BürgerInnen dieser Staaten als Opfer von Menschenrechtsverletzungen und folglich Flüchtlinge anzuerkennen. Sie wurden als ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ delegitimiert, die abzuschieben wären (Bibler Coutin 1993:93).

Es entstand eine breite Unterstützungsbewegung, die die U.S.-Regierung in Mitverantwortung sah und die vorherrschende Interpretation von Migrationsrecht als widerrechtlich anklagte. So prozessierten VertreterInnen von acht religiösen Gruppierungen in der Sammelklage *American Baptist Church et al. v. Thornburgh* gegen den U.S. Staatsanwalt und den Direktor der nationalen Migrationsbehörde (Center for Constitutional Rights 2009). Kirchen waren neben anderen Community-Einrichtungen auch vor Ort ein zentraler Akteur der Mobilisierung. In San Francisco allein boten fünfzehn Kirchen den geflüchteten Menschen Asyl, in der Bay Area waren es vierzig (Menjívar 2000:102). Tausende Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus und ohne feste Unterkunft campierten in den U.S.-typischen Hinterhöfen von Ein- und Mehrfamilienhäusern in San Francisco, Oakland, San Jose und anderen Teilen Kaliforniens. AktivistInnen boten juristische Hilfestellung für Verhaftete und Personen, die Aufenthalts-Anträge stellten. Unterkunft wurde vermittelt, Kleidung und Lebensmittel verteilt, man bot Hilfestellung bei der Job-Suche, Gesundheitsfragen und gab Englisch-Unterricht. Als Reaktion auf die breite Bewegung mit großem Zuspruch in der Bevölkerung nahmen über zwanzig Städte in den USA Resolutionen an und erklärten sich als „Sanctuary“ und ihre Non-Kooperation mit den nationalen Einwanderungsbehörden (Ridgley 2008). Viele dieser ersten Erklärungen hatten stark symbolischen Charakter, einige davon aber wie im Fall von San Francisco entwickelten sich zu lokalen Verordnungen von größerem Einfluss.

Im Jahr 1989 wurde die „City of Refuge“-Verordnung, die ursprünglich nur für Salvadorianer und Guatemalteken galt, auf alle MigrantInnen unabhängig ihrer Herkunft ausgeweitet. Sie ist heute noch in Kraft, etablierte sich im politischen Diskurs und als institutionelle Praxis, wurde aber in den vergangenen zwanzig Jahren auch immer wieder Teil des umkämpften Terrains der nordamerikanischen Migrationspolitik.

//Migrationspolitik vor Ort//

Miriam Wells (2004) beschreibt in ihrer Analyse der U.S.-Migrationspolitik einen Kompetenzstreit zwischen den verschiedenen politischen Ebenen. Dieser eröffnet auch alternative Interpretationen der Regulierungen in einer „Rekonfigurierung der Migrationspolitiken auf Grassroot-Level“.

Die politische Auseinandersetzung um Sanctuary baut auf diesem Kompetenzstreit zwischen lokaler und nationaler Ebene auf. In den Vereinigten Staaten ist grundsätzlich die Bundesebene für Migrationsrecht zuständig. Der U.S.-Supreme Court hat dementsprechend mehrere Gesetze von Bundesstaaten beanstandet, die selbst Migrations-relevante Inhalte regelten. Wesentlich unklarer sind aber Befugnisse und Abgrenzungen von Kompetenzen in der Frage der Gesetzesausübung. Vor Ort ist die Kooperation oder Non-Kooperation mit nationalen Migrationsbehörden aber nicht nur von Gesetzestexten und Richtersprüchen abhängig (Ridgley 2008): hier entscheiden die Umstände des Alltags wie Personal und Ressourcen, das lokale politische Klima und der Handlungsspielraum und das Ermessen des/der einzelnen Bediensteten oder der einzelnen Abteilung. „Das hat quer durch das Land zu einer ungleichen Geographie des Gesetzesvollzugs geführt, die sich sogar bis auf die Ebene von Nachbarschaftsvierteln in einer bestimmten Stadt auswirkt.“ (Ridgley 2008)

Dieser Konflikt lässt sich aber in keinster Weise auf einen Dualismus reduzieren, in dem sich mit zunehmender Nähe zur Nachbarschaft, zur Community vor Ort offene Migrationspraxen durchsetzen würden. Das zeigt Proposition 187 – eine erfolgreiche BürgerInneninitiative aus dem Jahr 1994, die Personen ohne gültige Aufenthaltspapiere von öffentlichen Schulen, Sozialdiensten und von über Notfälle hinausgehende Krankenversorgung ausschließen sollte sowie alle BeamtInnen verpflichten sollte, irreguläre MigrantInnen an die nationalen Behörden zu melden (Meier/Gutiérrez 2000, Menjívar 2000). Diese Proposition wurde im Jahr 1995 vom Supreme Court als verfassungsrechtlich aufgehoben – nicht weil sie Grundrechte von MigrantInnen verletzen würde, sondern weil der Staat Kalifornien im Bereich Migration keine Regulierungskompetenz habe.

Monica Varsanyi (2008) beobachtet eine steigende Zahl von Städten, die die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, also allen voran Verordnungen über Flächennutzung und das Verhalten im öffentlichen Raum, nutzen, um die Handlungsoptionen von Personen ohne gültige Papiere einzuschränken und zum Beispiel TagelöhnerInnen damit möglichst aus der Stadt zu bekommen. Sie spricht von „doing local immigration policing by proxy“ (Varsanyi 2008:30). Das National Network for Immigrant and Refugee Rights (2008) hat für das Jahr 2007 den Umfang der Rechtsproduktion zum Thema Migration vermessen und zählte 1400

Gesetze und Verordnungen, die von lokalen Regierungsorganen oder von Bundesstaaten verabschiedet wurden; lediglich zwei davon hätten die Lebenssituation von irregulären MigrantInnen verbessert oder nicht verschlechtert.

Auch die Minutemen, ein ‚ziviles Verteidigungskorps‘ zum Schutz der U.S.-Grenze mit Sitz in Südkalifornien, artikulieren sich immer wieder öffentlich gegen das Sanctuary in San Francisco. So protestierte beispielsweise ein gutes Dutzend ihrer Mitglieder vor der San Francisco City Hall, nannte Bürgermeister Gavin Newsom, Bezirksstaatsanwalt Kamala Harris und den Leiter der Abteilung für die Bewährung von jugendlichen StraftäterInnen „Beihelfer zum Mord“ und forderte deren Rücktritt. Sie protestierten dafür, auch minderjährige irreguläre MigrantInnen für mögliche Abschiebung an Bundesbehörden zu überstellen, sobald diese von Exekutivpersonal verhaftet wurden, also noch vor einem Richterspruch (SF Chronicle 31.07.2008). Eine Forderung, die mittlerweile auch in San Francisco breiteren Zuspruch findet.

//Sicheres Kollektiv//

Entsprechend einer zunehmenden Unterordnung von Migrationspolitik unter Aspekte der Sicherheitspolitik („Securitization“), wird Sanctuary heute vielerorts als Strategie des ‚Community Policing‘ verstanden und vermarktet. Demnach benötigen Exekutivorgane das Vertrauen der Bevölkerung, um wertvolle Informationen für die Verbrechensbekämpfung zu erhalten. Die Angst von irregulären MigrantInnen, an die Einwanderungsbehörden überstellt zu werden, sobald sie sich an PolizistInnen wenden, steht diesem Interesse der Ermittlungsorgane demnach entgegen und muss abgebaut werden. „Wenn Polizei als Migrationspolizei wahrgenommen wird, macht das die ganze Community verletzlich und anfällig für Gewalt und Missbrauch.“ (García 2008) Ein häufig beschriebenes Szenario zur Illustration ist ein Haus, das fast abbrennt, weil die BewohnerInnen Angst haben, die Feuerwehr zu rufen.

Neben diesen Sicherheitsaspekten steckt im Prinzip Sanctuary auch eine alternative Vorstellung von Gemeinschaft. Im Fall von San Francisco gilt das Gebot „Don’t ask, don’t tell“ für den Kontakt mit jeglicher städtischen Einrichtung, soll also auch dazu ermuntern, Gesundheits- oder Bildungseinrichtungen in Anspruch zu nehmen. Eine Gemeinschaft, die sich aus unterschiedlichen legalen und illegalisierten Subjekten zusammensetzt, muss also sowohl mit möglichen als auch mit ‚unmöglichen‘ Rechtspersonen kalkulieren, will sie informiertere, mutmaßlich bessere kollektive Problemlösungen finden. Sanctuary vermittelt damit sowohl Agency für das Individuum, etwa die Möglichkeit für eine Einzelperson Schutz

vor Gewalt zu suchen oder überhaupt öffentlich aufzutreten und zu interagieren. Es bedeutet aber auch für das kommunale Kollektiv einen Zugewinn an Handlungsoptionen, weil es aufgrund einer realistischen, umfassenderen Einschätzung und Information vor Ort andere Handlungsoptionen hat – und zwar nicht nur, wenn ein Haus brennt.

Das politisch-egalitäre Prinzip von Sanctuary ist aber zunehmend verwaschen (García 2008). Mit der immer stärkeren Kriminalisierung von Migration in den 1990ern geriet auch Sanctuary in Verruf (Ridgley 2008): GegnerInnen hielten der Stadt San Francisco vor, sie würde Kriminelle schützen und sogar aktiv anziehen. Auch für die überfüllten Gefängnisse wurde die Verordnung verantwortlich gemacht. Das California Office of Criminal Justice Planning drohte, vier Millionen Dollar für die Stadt zurückzuhalten, wenn die Verordnung nicht außer Kraft gesetzt werde. Die Verordnung wurde daraufhin verändert und gilt seit diesem Zeitpunkt nicht mehr für Personen, die sich einer anderen, nicht migrationsrechtlichen Gesetzesübertretung strafbar gemacht haben.

Der nationale Druck hat sich jedenfalls seit dem Jahr 2001 massiv verstärkt, seitdem die polizeiliche Kontrolle und Überwachung der Bevölkerung zu einem zentralen Strategieelement der nationalen Sicherheitspolitik wurde. Im Kongress gab es Initiativen wie den CLEAR Act oder den Homeland Security Enhancement Act, die darauf abzielten, lokale und städtische Polizei in die Umsetzung von Migrationsrecht stärker einzubinden und Städte mittels Entzug von Finanzmitteln unter Strafe zu stellen, wenn sie die Kooperation verweigern. Auch wenn letzten Endes nicht alle diese Bemühungen erfolgreich waren, bestätigen sie eine Tendenz, die kommunale Selbstermächtigung auf dem Terrain migrationsgesellschaftlichen Zusammenlebens zu beschränken. Das National Crime Information Center – die zentrale U.S.-Datenbank strafrechtlich relevanter Information für Exekutivkräfte auf nationaler, bundesstaatlicher und lokaler Ebene, die vom FBI verwaltet wird – beinhaltet mittlerweile auch Informationen über den Migrationsstatus.

Im Herbst 2008 intensivieren sich auch Razzien und Verhaftungen durch ICE und unterwanderten damit das kollektive Sicherheitskonzept von Sanctuary. Besonders kritisiert wurde das Vorgehen der Fugitive Operation Teams, die im Rahmen des National Fugitive Operations Program, tätig werden. Innerhalb einer dreiwöchigen Aktion in Kalifornien wurden 1157 Personen verhaftet, in San Francisco allein 432 (ICE 2008). Es besteht großer Bedarf, das heutige Ausmaß der zunehmenden Kooperation von lokalem Personal und ICE zu untersuchen und zu dokumentieren. Die geforderte Zusammenarbeit verläuft stark intransparent und öffnet Tür und Tor für ‚racial profiling‘ und Willkür (Keaney/Friedland 2009).

Und dennoch: Im Jahr 2009 gab es neuerliche politische Auseinandersetzung um Sanctuary. Ein Antrag, ob Jugendliche bei Verhaftung oder doch wieder erst nach Verurteilung an nationale Migrationsbehörden überstellt werden sollen, sorgte für umfassende Kontroverse. Ein Novum und auch ein Zwischenfazit für zwanzig Jahre Sanctuary: Der neue zentrale Akteur heißt David Campos. Seit den Wahlen vom 4. November 2008 repräsentiert der Anwalt im San Francisco Board of Supervisors District 9, wo in den Vierteln Mission, Bernal Heights und Portola bislang die größten migrantischen Bevölkerungsgruppen leben. Im Jahr 1984, als Vierzehnjähriger, kam er – ohne Papiere – aus Guatemala nach Kalifornien.

- LITERATUR -

- Akers Chacon, Justin/Davis, Mike (2007) *Crossing the Border. Migration und Klassenkampf in der US-amerikanischen Geschichte*, Assoziation A, Berlin
- Bibler Coutin, Susan (1993) *The Culture of Protest. Religious Activism and the U.S. Sanctuary Movement*, Westview Press, Boulder/San Francisco/Oxford
- Bojadžijev, Manuela (2008) *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*, Westfälisches Dampfboot, Münster
- Butler, Judith/Spivak, Gayatri Chakravorty (2007) *Sprache, Politik, Zugehörigkeit, diaphanes*, Zürich/Berlin
- Center for Constitutional Rights (2009) <http://ccrjustice.org/ourcases/past-cases/american-baptist-churches-v.-thornburgh>
- City and County of San Francisco Municipal Code Administrative Code, approved January 22 2010, <http://library.municode.com/index.aspx?clientId=14131&stateId=5&stateName=California>
- Constable, Marianne (2005) *Just Silences. The Limits and Possibilities of Modern Law*, Princeton University Press, Princeton/Oxford
- de la Garza, Rodolfo O./Velasco, Jesús (1997) *Bridging the Border. Transforming Mexico-U.S. Relations*, Rowman & Littlefield, Lanham/Boulder/New York/Oxford
- Ewick, Patricia/Silbey, Susan S. (1998) *The Common Place of Law. Stories from Everyday Life*, The University of Chicago Press, Chicago/London
- García, Arnaldo, National Network for Immigrant and Refugee Rights (NNIRR), Interview 4. Dezember 2008, Oakland
- Hondagneu-Sotelo, Pierrette (2008) *God's Heart Has No Borders. How religious activists are working for immigrant rights*, University of California Press, Berkeley/Los Angeles/London
- Immigration and Custom Enforcement (2008) Ice arrests more than 1,000 in largest special operation yet targeting criminal aliens and illegal alien fugitives in California, <http://www.ice.gov/pi/nr/0809/080929sanfrancisco.htm>
- Isin, Engin F./Nielsen, Greg M. (Hrsg.)(2008) *Acts of Citizenship*, Zed Books, London
- Keaney, Melissa/Friedland, Joan (2009) *Overview of the Key ICE ACCESS Programs – 287(g), the Criminal Alien Program, and Secure Communities*, National Immigration Law Center, <http://www.nilc.org/immlawpolicy/LocalLaw/ice-access-2009-11-05.pdf>
- Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis: *Movements that Matter. Eine Einleitung*; in: TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hrsg.)(2007): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven an den Grenzen Europas*, transcript Verlag, Bielefeld, 7-17
- Laguerre, Michel (1999) *Minoritized Space. An inquiry into the Spatial Order of Things*, Institute of Governmental Studies Press, Institute of Urban and Regional Development, University of California, Berkeley
- Meier, Matt S./Gutiérrez, Margo (2000) *Encyclopedia of the Mexican American Civil Rights Movement*, Greenwood Press, Westport, Connecticut/London
- Menjívar, Cecilia (2000) *Fragmented Ties: Salvadoran Immigrant Networks in America*, University of California Press, Berkeley, CA/Los Angeles/London
- Migration Policy Institute: Data Hub <http://www.migrationinformation.org/datahub/state.cfm?ID=CA>

- National Law Information Center (2008) Laws, Resolutions and Policies Instituted Across the U.S. Limiting Enforcement of Immigration Laws by State and Local Authorities, <http://www.nilc.org/immlawpolicy/LocalLaw/locallaw-limiting-tbl-2008-12-03.pdf>
- National Network for Immigrant and Refugee Rights (NNIRR) (2008): Over-Raided, Under Siege, U.S. Immigration Laws and Enforcement Destroy the Rights of Immigrants
- Ngai, Mae N. (2005) *Illegal Aliens and the Making of Modern America*, Princeton University Press, Princeton
- Pisarz-Ramirez, Gabriele (2005) *MexAmerica. Genealogien und Analysen postnationaler Diskurse in der kulturellen Produktion von Chicanos/as*, Universitätsverlag Winter, Heidelberg
- Ridgley, Jennifer (2008) *Cities of Refuge: Immigration Enforcement, Police, and the Insurgent Genealogies of Citizenship in U.S. Sanctuary Cities*; in: *Urban Geography*, 2008, vol. 29, no. 1, S.53–77
- Riles, Annelise (Hrsg.) (2006) *Documents. Artifacts of Modern Knowledge*, University of Michigan Press, Ann Arbor,
- Sarat, Austin/Douglas, Lawrence/Umphrey, Martha (Hrsg.) (2003) *The place of law*, The University of Michigan Press, Ann Arbor, S.1-20
- Strathern, Marilyn (2000) (Hrsg.) *Audit Cultures. Anthropological Studies in accountability, ethics and the academy*, Routledge, London/New York
- Varsanyi, Monica (2008) *Immigration Policing through the Backdoor: City Ordinances, the “Right to the City”, and the exclusion of undocumented day laborers*; in: *Urban Geography*, 2008, 29, 1, S.29–52
- Wells, Miriam J. (2004) *The grassroots reconfiguration of U.S. immigration policy*; in: *International Migration Review*, Vol. 38, 1308–1347

Alle Online-Quellen zuletzt abgerufen am 28. Februar 2010.